





Das Vorstandsteam der Sparda-Bank Hamburg eG (v.l.): Tino Wildmann, Vorsitzender Oliver Pöpplau, Stephan Liesegang

Gemeinsam erfolgreich: Bei uns steht der Mensch im Mittelpunkt

Der Blick auf unsere Bilanz für das Jahr 2018 zeigt neben den zufriedenstellenden Geschäftszahlen etwas für uns ganz Entscheidendes: Wir, als fest in der Region verwurzelte Genossenschaftsbank, stehen unseren Mitgliedern zur Seite, wenn es um die Erfüllung ihrer Wünsche, Träume und Vorhaben geht. Der Fokus auf den Menschen und seine ganz persönlichen Anliegen ist die starke Basis für den Erfolg unserer genossenschaftlichen Gemeinschaft.

Ganz oben auf der Wunschliste unserer Mitglieder steht nach wie vor der Traum vom Eigenheim. Das zeigt die erneut positive Entwicklung unseres Baufinanzierungsgeschäfts 2018 eindeutig. Hinter den Zahlen steht unser überzeugendes Versprechen: Wir bringen unsere Mitglieder sicher in die eigenen vier Wände. Unsere Kunden können bei der oftmals wichtigsten Finanzentscheidung in ihrem Leben auf uns vertrauen.

Das bestätigt auch die erneute Auszeichnung der Sparda-Banken als „Fairster Baufinanzierer“.

Die Herausforderungen und auch die Chancen, vor denen wir stehen, sind groß. Vor allem die Digitalisierung eröffnet uns neue Möglichkeiten, unseren Mitgliedern und Kunden einen zusätzlichen Mehrwert bei ihren Bankgeschäften zu bieten. Gleichzeitig bleibt der Beratungsbedarf der Kunden im Vieraugengespräch bei vielen Finanzthemen sehr hoch. Gemeinsam mit unserem Team aus hoch motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und unseren genossenschaftlichen Kooperationspartnern bieten wir auch in einer sich verändernden Welt die passenden Lösungen. Für ihren tollen Einsatz an dieser Stelle ein „herzliches Dankeschön“! Wir sind sicher, dass wir diesen Weg für unsere Genossenschaft gemeinsam weiter erfolgreich gehen.

Oliver Pöpplau

Tino Wildmann

Stephan Liesegang

Geschäftsbericht 2018

Inhalt

Rechnungslegung 2018

Lagebericht 2018	4
Bericht des Aufsichtsrates	11
Jahresabschluss 2018	12
Vorschlag für die Ergebnisverwendung	21
Bestätigungsvermerk	25

Lagebericht

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die deutsche Wirtschaft setzte im Jahr 2018 ihren Aufschwung fort. Allerdings fiel der Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr mit 1,5% merklich schwächer aus als 2017 (+2,2%). Grund hierfür waren sowohl nachfrageseitige als auch angebotsseitige Faktoren. Einerseits sahen sich die Unternehmen vermehrt angebotsseitigen Engpässen gegenübergestellt, vor allem bei Arbeitskräften und bei Vorleistungsgütern. Zudem belasteten Sonderfaktoren die Produktion, wie Streiks und eine schwere Grippewelle im Frühjahr sowie ein Pkw-Zulassungstau infolge von Problemen mit dem neuen Abgasstestverfahren WLTP, der das Wirtschaftswachstum in der zweiten Jahreshälfte erheblich belastete. Andererseits verlor der Welthandel im Vergleich zum Vorjahr etwas an Schwung, was sich nachfrageseitig dämpfend auswirkte.

Der Arbeitsmarkt präsentierte sich in einer anhaltend guten Grundverfassung. Die Erwerbstätigenzahl legte erneut spürbar zu. Sie stieg im Inland gegenüber dem Vorjahr um 562.000 auf etwa 44,8 Millionen Menschen. Ähnlich wie in den Vorjahren wurde der Beschäftigungsaufbau in erster Linie durch eine merkliche Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung getragen. Dagegen war die Zahl der Selbstständigen und der geringfügig Beschäftigten abermals rückläufig. Die Arbeitslosenzahl verminderte sich weiter. Bei der Bundesagentur für Arbeit waren rund 2,3 Millionen Arbeitslose registriert und damit 193.000 weniger als im Vorjahr. Die Arbeitslosenquote ging im Vergleich zu 2017 um 0,5 Prozentpunkte auf 5,2% zurück. Im Verlauf des Jahres 2018 hat der Anstieg der Verbraucherpreise deutlich angezogen. Die Inflationsrate, die in den Monaten Januar bis April noch um rund 1,5% gestiegen war, lag in den Monaten Mai bis November kontinuierlich bei mindestens 2%, bevor sie im Dezember wieder etwas nachgab. Im Oktober verteuerten sich die Verbraucherpreise um 2,5% und damit so stark wie seit September 2008 nicht mehr. Treibender Faktor der Gesamtentwicklung waren die Energie- und Nahrungsmittelpreise, die angesichts höherer Rohölpreise und schwacher Ernten überdurchschnittlich stiegen. Auf Jahressicht stiegen die Verbraucherpreise insgesamt um 1,9% und damit geringfügig stärker als 2017 (1,8%).

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat zum Jahresende 2018 das Ankaufprogramm für Anleihen beendet – die ultralockere Geldpolitik somit gedrosselt. Die Leitzinsen beließen die europäischen Notenbanker jedoch unverändert auf deren

historisch niedrigen Niveaus. So blieb der EZB-Hauptrefinanzierungssatz für die Finanzinstitute des Euroraumes bei 0,0% und der Einlagensatz mit -0,4% im negativen Bereich.

Der deutsche Leitindex startete zunächst erfreulich in das Jahr 2018. So konnte der DAX in den ersten Wochen deutlich um rund 700 Punkte auf das Jahreshoch von 13.559 Punkten klettern. Am Jahresende stand der DAX mit 10.559 Punkten dagegen 3.000 Punkte unter dem Jahreshoch und 18% unter dem Wert, den er zu Jahresbeginn vorsehen konnte.

Geschäftsverlauf

Bilanzsumme gestiegen

Die Bilanzsumme stieg um 0,8% bzw. 32,2 Mio. EUR (Vorjahr: 6,9% bzw. 244,8 Mio. EUR) auf 3.819,1 Mio. EUR.

Sparverhalten der Kunden weiter gestiegen

Trotz anhaltender Niedrigzinsphase haben die Mitglieder auch in 2018 ihr Sparverhalten erhöht. Es entstand ein Plus von 6,9% bzw. 226,1 Mio. EUR auf 3.517,2 Mio. EUR (Vorjahr: 6,9% bzw. 211,5 Mio. EUR).

Wachstum der kurzfristigen Einlagen

Die täglich fälligen Einlagen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 9,2% bzw. 217,3 Mio. EUR auf 2.580,59 Mio. EUR. Die Wachstumstreiber waren die unverzinslichen Sichteinlagen sowie SpardaCash.

Spareinlagen leicht gestiegen

Die Spareinlagen sind 2018 leicht um insgesamt 9,8 Mio. EUR gestiegen. Speziell die Anlagen in SpardaDynamic mit 5 Jahren Laufzeit waren rückläufig. Deutliche Zuwächse gab es beim klassischen Sparbuch SpardaPlus, das um 44,9 Mio. EUR bzw. 7,1% auf 677,9 Mio. EUR stieg.

Kundenkreditgeschäft erneut ausgebaut

Die Kreditbestände (inkl. Eventualverbindlichkeiten) erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 7,6% bzw. 145,1 Mio. EUR auf 2.042,5 Mio. EUR (Vorjahr: 6,8% oder 120,2 Mio. EUR).

Die Neubewilligungen im Baufinanzierungsgeschäft erreichten ein Volumen von 480,0 Mio. EUR (Vorjahr: 456,5 Mio. EUR).

Nur leichte Veränderungen in den Kreditstrukturen

Der Anteil der Kundenforderungen am Geschäftsvolumen zum Bilanzstichtag erhöhte sich deutlich auf 53,4% (Vorjahr: 50,0%). Die Strukturanteile der Kreditarten am Gesamtkreditvolumen zeigen eine planmäßige Steigerung bei den Baukrediten, während die Dispositionskredite und die Persönlichen Kredite leicht zurückgingen.

Kreditart:	31.12.2018	31.12.2017
Dispositionskredite	1,4 %	1,6 %
Persönliche Kredite	8,7 %	9,8 %
Baukredite und Sonstige	89,7 %	88,4 %
Rückgriffsforderungen	0,2 %	0,2 %

Günstige Fördermittel für Mitglieder

Im Rahmen einer ganzheitlichen Beratung der Mitglieder im Immobilien-Finanzierungsgeschäft wurden 2018 9,3 Mio. EUR Fördermittel von der Investitions- und Förderbank Hamburg und 5,2 Mio. EUR von der Investitions- und Förderbank Schleswig-Holstein sowie 17,7 Mio. EUR im Rahmen der Riesterförderung an die Bausparkasse Schwäbisch Hall vermittelt.

Private Kredite leicht gesunken

Die Kontokorrentkredite reduzierten sich leicht um 3,2% bzw. 1,0 Mio. EUR auf 28,8 Mio. EUR. Auch die Bestände der Privaten Kredite konnten trotz des guten Neugeschäfts aus den Sommer- und Winterkreditwochen nicht auf Vorjahresniveau gehalten werden. Sie reduzierten sich um 4,2% bzw. 7,7 Mio. EUR auf 178,3 Mio. EUR.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten deutlich reduziert

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten reduzierten sich deutlich um 88,4% oder 202,3 Mio. EUR auf 26,7 Mio. EUR.

Eigenanlagen leicht reduziert

Die Eigenanlagen reduzierten sich 2018, da der Zuwachs der Kundeneinlagen vollständig im Kreditgeschäft platziert werden konnte. Die Summe aus Barreserven, Bankguthaben und Wertpapieranlagen reduzierte sich um 6,1% oder 113,0 Mio. EUR auf 1.743,6 Mio. EUR. Der Anteil der Wertpapieranlagen an der Bilanzsumme betrug am Jahresende 42,2% (Vorjahr: 39,6%) und ist damit im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen.

Die Wertpapier-Kategorien entwickelten sich wie folgt:

Wertpapierkategorie	31.12.2018 Mio. EUR	31.12.2017 Mio. EUR
Anleihen und Schuldverschreibungen	517,1	710,4
UIN Fonds NR. 741 (Renten)	648,7	650,2
UIN Fonds NR. 941	351,7	0
Publikumsfonds AV	29,0	28,8
Publikumsfonds UV	63,4	108,4
Gesamt	1.609,9	1.497,8

Derivategeschäfte

Im Geschäftsjahr 2018 wurden keine derivativen Geschäfte mit Kunden getätigt.

Kundenwertpapiergeschäft

Wertpapierumsätze über GENO Broker

Das Kundenwertpapiergeschäft (ohne bankeigene Wertpapiere) wurde auf die GENO Broker GmbH umgestellt und besteht somit nicht mehr.

Fondsbestände der Kunden leicht gefallen

Der Nettozufluss belief sich auf 33,0 Mio. EUR (Vorjahr: 42,0 Mio. EUR). Unter Berücksichtigung der Kurswertänderungen fiel der Fondsbestand auf Anlagekonten der Union Investment 2018 um 9,6 Mio. EUR auf 644,8 Mio. EUR.

Vermitteltes Versicherungsvolumen reduziert

Im Jahr 2018 betrug das Vermittlungsvolumen 58,2 Mio. EUR (Vorjahr: 69,4 Mio. EUR). Damit konnte das Vorjahresergebnis nicht erreicht werden. Bei einer Vermittlung von 3.082 Versicherungsverträgen (Vorjahr: 3.747) an die DEVK reduzierte sich die Anzahl der Versicherungen ebenfalls. Daneben wurden für die Mitglieder im Bereich der Sachversicherungen weitere 4.710 Verträge (Vorjahr: 6.251 Verträge) abgeschlossen.

Abgeschlossenes Bausparvolumen gesunken

Der Vertrieb von Bausparverträgen der Bausparkasse Schwäbisch Hall konnte auch durch den Weggang einiger Mitarbeiter der Bausparkasse nicht auf Vorjahresniveau gehalten werden. Das vermittelte Volumen sank um 12,1 % auf 111,9 Mio. EUR (Vorjahr: -0,9 % auf 127,3 Mio. EUR).

Mitgliederbestand leicht gefallen

Der Mitgliederbestand reduzierte sich um netto 4.592 oder 2,0 % (Vorjahr: -2,4 %) auf 230.567. Den 4.995 Beitritten standen 9.587 Abgänge gegenüber. Die Mitglieder hielten am Jahresende 1.321.075 Anteile (Vorjahr: 1.201.551).

Personal- und Sozialbereich

Die Anzahl der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter ist mit 261,8 Vollzeit- und 147,3 Teilzeitkräften sowie 18,0 Auszubildenden im Jahr 2018 leicht gesunken. Das Durchschnittsalter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter liegt bei 41,9 Jahren, wobei 60 % der Belegschaft weiblich und 40 % männlich sind. Neben der Ausbildung junger Menschen bieten wir auch unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein umfassendes Schulungsangebot an und schaffen somit die Voraussetzung, dass sie sich das notwendige Wissen für die tägliche Arbeit aneignen und erhalten können. Dazu gehören neben Workshops und Schulungen zu diversen Themen auch Fachseminare. Insgesamt wurden mit 1.860 Seminarteilnehmertagen auf weiterhin hohem Niveau Weiterbildungsveranstaltungen besucht. Statistisch besuchte ein Mitarbeiter 4,6 Schulungstage im Jahr 2018. Mit 456 TEUR wurde das Budget für Schulungsmaßnahmen besonders effizient eingesetzt.

Unsere Führungskräfte können in sogenannten Trainingscamps unter Begleitung eines externen Trainers ihre Führungsfähigkeiten trainieren und sich weiterentwickeln. Ausgewählte Mit-

arbeiterinnen und Mitarbeiter wurden in einem speziellen Qualifizierungsprogramm zum Serviceberater systematisch vorbereitet und weitergebildet. Auch im Rahmen der Umsetzung der IDD (Versicherungsvertriebsrichtlinien) wurde in umfangreiche Weiterbildungszeiten investiert. Damit schaffen wir sehr gute Voraussetzungen, um unseren Mitgliedern eine optimale und an den individuellen Bedürfnissen orientierte Beratung bieten zu können.

Darstellung der Lage

Bilanzielles Eigenkapital weiter gestiegen

Im Jahr 2018 konnte das Eigenkapital der Sparda-Bank Hamburg eG weiter gesteigert werden. Die Geschäftsguthaben der Genossenschaft nahmen deutlich um 9,5 % oder 6,1 Mio. EUR auf 70,8 Mio. EUR zu. Die Rücklagen konnten durch Zuführung aus dem Bilanzgewinn um 2,8 % oder 3,6 Mio. EUR auf 132,4 Mio. EUR ausgebaut werden. Das bilanzielle Eigenkapital (einschließlich der vorgesehenen Zuführung aus dem Bilanzgewinn 2018) erhöhte sich um 4,7 % oder 9,3 Mio. EUR auf 207,4 Mio. EUR. Die bilanzielle Eigenkapitalquote am Jahresende erhöhte sich leicht (Vorjahr: 5,2 %) auf 5,4 %.

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel-Anforderungen wurden im gesamten Jahr 2018 erfüllt. Zum 31.12. 2018 lag der Wert der haftenden Eigenmittel bei 17,3 %.

Sicherungseinrichtung

Die Sparda-Bank Hamburg eG ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund) des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. angeschlossen. Damit ist aus dem Garantieverbund für das Geschäftsjahr 2018 die Möglichkeit einer Verpflichtung bis zu 4,5 Mio. EUR verbunden.

Zahlungsbereitschaft der Bank war jederzeit gegeben

Den von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht an die Kreditinstitute gestellten Anforderungen an die Liquidität wurde stets entsprochen.

Bilanzgewinn leicht gesunken

Ertragslage im Überblick	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR
Zinsüberschuss	48.295	51.944	-3.649
Provisionsüberschuss	17.461	17.159	302
Personalaufwand	28.124	27.264	860
Andere Verwaltungsaufwendungen	30.811	29.629	1.182
Sonstige GuV-Positionen	1.182	720	462
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	8.003	12.930	-4.927
ao Ergebnis	0	0	0
Steuern	3.867	5.128	-1.261
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	0	3.300	-3.300
Bilanzgewinn	4.136	4.502	-366

Der Zinsüberschuss reduzierte sich auch 2018 infolge der anhaltenden Niedrigzinsphase um 3,6 Mio. EUR auf 48,3 Mio. EUR. Der Provisionsüberschuss stieg um 0,3 Mio. EUR auf 17,5 Mio. EUR. Der Personalaufwand erhöhte sich um 0,9 Mio. EUR, die anderen Verwaltungsaufwendungen einschließlich Abschreibungen um 1,2 Mio. EUR. Der Bilanzgewinn reduzierte sich auf 4,1 Mio. EUR.

Zusammenfassende Beurteilung der Lage

Angesichts des Niedrigzinsumfeldes ist die Ertragslage befriedigend. Die Eigenkapitalausstattung erfüllt die gesetzlichen Anforderungen.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Risikomanagement-Ziele und -Methoden der Bank

Ein wesentlicher Bestandteil der Unternehmenssteuerung der Sparda-Bank Hamburg eG ist es, die aus ihrem allgemeinen Geschäftsbetrieb resultierenden Risiken bewusst und kontrolliert unter Beachtung der Renditeziele einzugehen. Damit wird dem strategischen Geschäftsziel Rechnung getragen, das eine langfristige Absicherung der Bank vorsieht. Dem Risikomanagement, also der Identifizierung, Quantifizierung, Steuerung und Überwachung bestehender Risiken, kommt daher eine elementare Bedeutung zu. Die vom Gesamtvorstand in Kraft gesetzte Risikostrategie basiert auf den risikopolitischen Grundsätzen, die die Gesamtheit der zentralen Verhaltensregeln für den Umgang mit Risiken innerhalb der Sparda-Bank Hamburg eG darstellen. Sie bilden die Grundlage für ein unternehmensweit möglichst einheitliches Verständnis der Unternehmensziele im Zusammenhang mit dem Risikomanagement. Zu jeder Zeit ist sicherzustellen, dass die eingegangenen Risiken die Risikotragfähigkeit der Sparda-Bank nicht übersteigen. Das Risikomanagement orientiert sich am Ziel eines geordneten Unternehmensfortbestandes („Going-Concern“). Die Risikopolitik im Kundenkreditgeschäft ist in der Kreditrisikostrategie dokumentiert. Die Steuerung der Sparda-Bank Hamburg eG erfolgt unter Berücksichtigung der drei Dimensionen: ertragsorientierter Steuerungskreis, barwertiger Steuerungskreis und aufsichtsrechtlicher Steuerungskreis. Ziel ist die primäre Steuerung der Sparda-Bank Hamburg eG nach ertragsorientierten Größen, unterstützt durch die barwertige Risikotragfähigkeit. Die aufsichtsrechtliche Risikotragfähigkeit stellt eine Nebenbedingung dar, die streng einzuhalten ist. Die Sparda-Bank Hamburg eG stellt sicher, dass die wesentlichen Risiken durch das Risikodeckungspotenzial laufend abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit jederzeit sichergestellt ist. Das implementierte Limitsystem ist gesondert im Risikohandbuch beschrieben. Neben allgemeinen Risikofaktoren (z. B. Konjunkturschwankungen, neuen Technologien und Wettbewerbssituationen, sonstigen sich verändernden Rahmenbedingungen) bestehen spezifische Bankgeschäftsrisiken. Sie können sich insbesondere in Form von Adressenausfall- und Marktpreisrisiken zeigen, aber auch in Form von Liquiditäts-, operationellen und sonstigen Risiken.

Adressenausfallrisiken

Adressenausfallrisiken beinhalten im Allgemeinen die Gefahr, dass aufgrund von Bonitätsveränderungen und/oder des Ausfalls einer Person oder Unternehmung, zu der eine wirtschaft-

liche Beziehung besteht, Verluste entstehen. Sie umfassen sowohl klassische Ausfallrisiken als auch Migrationsrisiken und Credit-Spread-Risiken. Migrationsrisiken können entstehen, wenn sich die Bonitäten von Emittenten verschlechtern und der Marktwert von Anleihen sinkt. Credit-Spread-Risiken beinhalten die Gefahr negativer Auswirkungen aufgrund von Schwankungen des Zinsaufschlags für bestimmte Bonitätsklassen im Zeitverlauf.

Die Adressenausfallrisiken aus Eigenanlagen werden vom Emittentenrisiko dominiert. Zur Begrenzung von Emittentenrisiken sind Ratingvorgaben festgelegt. Dabei werden die externen Ratings von Standard & Poor's (S&P) und Moody's Investor Service zugrunde gelegt. Für das Direktgeschäft gilt bei Erwerb ein Mindestrating von Baa3/BBB- (Moody's/S&P). Die teilweise negativen Effektivverzinsungen an den Kapitalmärkten erschweren es den Banken immer mehr, kostendeckende Renditen zu erwirtschaften. Die sehr hohe Marktliquidität infolge des Wertpapierankaufprogramms der EZB führte aber dazu, dass aufgrund der daraus resultierenden hohen Nachfrage eingegangene Adressrisiken nicht mehr mit angemessenen Renditen vergütet werden.

Der Schwerpunkt des Kundenkreditgeschäfts liegt im Privatkundengeschäft. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde das Baufinanzierungsgeschäft mit Wohnungsgenossenschaften weiter intensiviert. Große Teile des Kundenkreditvolumens sind grundpfandrechtlich gesichert und breit gestreut. Über ein indikatorenbasiertes Frühwarnsystem können Kreditrisiken frühzeitig erkannt und separiert behandelt werden. Aufsichtsrichtlich werden Ausfallrisiken durch die Vorschriften des Kreditwesengesetzes und der CRR (EU-Verordnung) begrenzt, die von der Bank stets eingehalten werden.

Marktpreisrisiken

Unter Marktpreisrisiken wird die Gefahr verstanden, dass sich Marktpreise von Sachgütern oder Finanztiteln aufgrund von Änderungen der Marktlage zuungunsten des Inhabers entwickeln. Marktpreisrisiken schließen insbesondere Zinsrisiken, Abschreibungsrisiken, Aktienkursrisiken und Immobilienpreisrisiken ein. Bedingt durch die Geschäftsstruktur der Bank beziehen sich die Marktpreisrisiken überwiegend auf sich verändernde Geld- und Kapitalmarktzinssätze. Marktpreisrisiken werden von der Sparda-Bank Hamburg eG in bedeutsamem Umfang eingegangen. Sie umfassen potenzielle Verluste, die sich aus nachteiligen Marktwertänderungen der Positionen ergeben können. Dies ist vor dem Hintergrund vergleichsweise geringer Kreditrisiken im Kundengeschäft vertretbar. Zinsänderungsrisiken berechnet die Bank mithilfe von Zinsüberschuss-Simulationsrechnungen aufgrund verschiedener

Zinsprognosen. Das Marktpreisrisiko als Gesamtheit von Zinsänderungs- und Kursänderungsrisiko wird darüber hinaus auch barwertig auf der Grundlage der modernen historischen Simulation dargestellt. Dem Risiko ist ein festes absolutes Risikobudget zugewiesen, welches regelmäßig überwacht wird. Im Rahmen des ertragsorientierten (GuV-Sicht) und barwertigen Limitsystems zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit werden für die Unterarten des Marktpreisrisikos Risikolimits definiert, die auf Ebene des Marktpreisrisikos in einem Einzellimit aggregiert werden. Die Auslastung der Risikolimits wird regelmäßig überwacht. Ein Handelsbuch im Sinne des § 1a KWG wird nicht geführt. Zur Reduzierung des Zinsänderungsrisikos werden Derivate in Form von Swaps (nominal 149,0 Mio. EUR) mit einem beizulegenden Wert von -8,0 Mio. EUR eingesetzt.

Liquiditätsrisiken

Unter den Liquiditätsrisiken wird im Allgemeinen die Gefahr verstanden, dass die Sparda-Bank Hamburg eG ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr uneingeschränkt nachkommen kann. Durch die Finanzmarktkrise ist der Aspekt der Liquiditätssicherstellung in den Vordergrund gerückt. Daneben sind höhere Refinanzierungskosten ein Aspekt dieses Risikos, die durch die Überbrückung von Liquiditätsempässen anfallen können. Das Liquiditätsrisiko nimmt bei der Sparda-Bank Hamburg eG im Vergleich zu Adressenausfall- und Marktpreisrisiken eine untergeordnete Rolle ein, da die Bank dem Liquiditätsverbund der DZ Bank AG angehört und somit gewöhnlich ein jederzeitiger Ausgleich von möglichen Liquiditätsempässen über die DZ Bank AG erfolgen kann. Die Anforderungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hinsichtlich der Liquidität der Kreditinstitute werden deutlich erfüllt, sodass sich keine nennenswerten Abruf- und Terminrisiken erkennen lassen.

Operationelle Risiken

Unter den operationellen Risiken wird die Gefahr von Schäden verstanden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der (internen) Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten. Operationelle Risiken sind z. B. Betriebsrisiken, fehlerhafte Bearbeitungsvorgänge, Rechtsrisiken, Betrugs-, Diebstahl- und Datenverarbeitungsrisiken. Als Basis für die Messung operationeller Risiken und permanente Bewertung wird eine Schadendatenbank geführt. Ergänzt durch regelmäßige Risikomeetings mit den Risikoverantwortlichen werden die einzelnen Risiken auf angemessene Bewertung und Behandlung geprüft

und Maßnahmen zur Reduktion initiiert. Darüber hinaus trägt das innerbetriebliche Überwachungssystem (z. B. arbeitsbegleitende Kontrollen, interne Revisionen und Dienstsanweisungen für Mitarbeiter) dazu bei, die operationellen Risiken zu identifizieren und so weit wie möglich zu begrenzen.

Versicherbare Gefahrenpotenziale, wie z. B. Diebstahl- und Betrugsrisiken, werden durch Versicherungsverträge im banküblichen Umfang abgesichert. Das Beschwerde- und Qualitätsmanagement ist zentral organisiert. Bei Schäden oder Erstattungsansprüchen aus fehlerhafter Bearbeitung erfolgt eine Analyse hinsichtlich etwaiger organisatorischer und/oder personeller Schwachstellen. Soweit erforderlich, werden entsprechende Maßnahmen darauf aufbauend eingeleitet. Den Betriebs- und Rechtsrisiken begegnet die Bank auch durch die Zusammenarbeit mit externen Dienstleistern, insbesondere soweit es den EDV- und Rechtsberatungsbereich betrifft.

Sonstige Risiken

Unter den sonstigen Risiken werden das Beteiligungsrisiko, das Vertriebsrisiko, das Kostenrisiko und das strategische Risiko zusammengefasst. Das Beteiligungsrisiko beinhaltet im Allgemeinen die Gefahr, dass von der Bank eingegangene Beteiligungen aufgrund von z. B. Dividendenausfall, Abschreibungen, Ergebnisminderungen etc. zu Verlusten aus bereitgestelltem Eigenkapital führen können. Das Vertriebsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass Produkte und Dienstleistungen nicht oder nicht mehr zu den erwarteten Preisen abgesetzt bzw. nachgefragt werden. Das Kostenrisiko bezeichnet die Gefahr, dass Personal- und Sachkosten die geplanten Werte überschreiten. Das strategische Risiko bezeichnet die Gefahr von Verlusten aus Entscheidungen zur grundsätzlichen Ausrichtung und Entwicklung der Geschäftstätigkeit der Bank. Alle sonstigen Risiken nehmen bei der Sparda-Bank Hamburg eG im Vergleich zu Adressenausfall- und Marktpreisrisiken eine untergeordnete Rolle ein. Währungsrisiken, Optionsrisiken, Kontrahentenrisiken, Länderrisiken und Modellrisiken sind als unwesentliche Risiken eingestuft.

Risikobewertung

Neben der Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen gewährleistet ein komplexes Risikoquantifizierungsinstrumentarium eine zeitnahe und detaillierte Risikotransparenz. Die Limitierung dieser ermittelten Risiken stellt eine Weiterführung des Geschäftsbetriebs („Going-Concern“) für den Fall des maximal eintretenden Risikos sicher.

Voraussichtliche Entwicklung

Die Sparda-Bank Hamburg überprüft im Rahmen ihres Strategieprozesses regelmäßig ihr Geschäftsmodell und ihre strategischen Ziele und wird diese – falls erforderlich – anpassen. Im Rahmen einer Überarbeitung der Zielpyramide hat die Sparda-Bank Hamburg die wesentlichen, strategischen Ziele ergänzt und neu priorisiert:

- Die Sicherstellung der nachhaltigen Wirtschaftlichkeit hat gegenüber weiteren strategischen Zielen die oberste Priorität.
- Die permanente Produktivitätssteigerung wurde als neues, strategisches Ziel definiert.
- Hoher Mitgliederzufriedenheit und hoher Mitarbeiteridentifikation und -qualität werden hohe Bedeutung zugesprochen, allerdings nicht mehr zwingend als Nr. 1-Ziel definiert.

Die aktive Einbindung und die Nutzung der Leistungen (Maklerverträge) der Sparda Immobilien GmbH schaffen zusätzlichen Nutzen für unsere Mitglieder und stärken die Wirtschaftlichkeit der Bank.

Die nachhaltige Wirtschaftlichkeit im Mitgliedergeschäft wird unter anderem durch aktive und gesteuerte Kundenansprachen, durch umgehendes Erfolgsreporting und begleitendes Nachhalten der Potenzialnutzung sichergestellt. Nach erfolgter Neuausrichtung der Kundensegmentierungskriterien und festen Kundenzuordnungen zu Beratern können die Beratungseinheiten (Private Banking/Retail) in ihren Kundenpotenzialen dauerhaft wirtschaftlicher und ertragreicher arbeiten. Die Kundenansprachen zu den Ertragsbereichen aus Produkt- und Dienstleistungen (zum Beispiel Fonds, Bauspargeschäft, Aktivgeschäft) erfolgen dabei über alle zur Verfügung stehenden Kanäle (Filialen, Printmedien, online, Homepage, Facebook), wobei die Digitalisierung weiter an Nutzungsbedeutung gewinnt. So wurde beispielhaft der digitale Geldanlageassistent MeinInvest von der Union Investment erfolgreich in der Bank eingeführt und wird als digitale Geldanlage-möglichkeit weiter vermarktet. Neben der onlinebasierten Kontoeröffnung werden kontinuierlich Produktabschlussmöglichkeiten erarbeitet und aktiv geschaltet. Ein weiterer operativer Online-Vertriebskanal „Baufinanzierung“, der bis dato ausgelagert war, wird in die Bank zurückgeführt und aktiv im Haus begleitet.

Da die Sparda-Bank Hamburg (vorbehaltlich der Zustimmung des AR) entschieden hat, von der Sparda-Datenverarbeitung eG (SDV-IT) zur Fiducia & GAD IT AG zu wechseln, können

viele digitale Innovationen vorangetrieben und marktgängig gemacht werden, die dieser IT-Dienstleister schon in der VR-Gruppe etabliert hat.

Die Themenmitgliedschaft SpardaHorizont hat im Jahre 2018 einen Produkt-Refresh erhalten. Durch weitere Bestandskundenansprachen werden, wie im Jahr 2018 bereits geplant und erreicht, Steigerungen der Provisionserträge aus diesem Produktbereich angestrebt.

Die im Branchenvergleich sehr hohe Kunden- und Mitgliederzufriedenheit wird die Bank durch ihr aktives Zufriedenheitsmanagement intensiv weiterentwickeln. Aus den durch die Mitarbeiter erfassten Mitgliederimpulsen sowie den regelmäßigen Zufriedenheitsbefragungen werden die eigenen Stärken sowie die möglichen Unzufriedenheitstreiber analysiert, geprüft und wirtschaftlich sinnvolle Produkt-/Service- sowie Prozessverbesserungen umgesetzt. Dies zählt ebenfalls positiv auf die nachhaltige Wirtschaftlichkeit der Bank ein.

Konjunktur-Aussichten trüben sich leicht ein – aber kaum negativer Einfluss auf das Kerngeschäftsfeld Immobilienkreditgeschäft

Protektionismus, Handelsstreit und Brexit sind die wesentlichen Einflussfaktoren, die dazu führen werden, dass sich die weltweite Konjunktur abschwächen wird. Die Exportnation Deutschland wird sich davon nicht abkoppeln können, sodass das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts derzeit für 2019 auf nur noch ca. 1,5% geschätzt wird.

Die EZB tätigt zwar keine Nettokäufe von Anleihen mehr, es ist aber noch nicht absehbar, ob und wann die Inflation nachhaltig über die Zielmarke von 2% steigt. Das Zinsniveau dürfte also weiterhin auf niedrigem Niveau bleiben. Es bleibt also für Kreditnehmer noch sehr günstig, während Sparer weiterhin fast keine Rendite erzielen können.

Die Bank hat sich strategische Ziele gesetzt – das wichtigste Ziel ist das Kreditwachstum

Der Zuzug in die Ballungszentren setzt sich fort. Die Bauaktivitäten laufen auf Hochbetrieb. Gute Vorzeichen für ein weiteres Wachstum im Baufinanzierungsgeschäft. Mit unseren im Bankenvergleich sehr wettbewerbsfähigen Konditionen soll es netto in den nächsten 3 Jahren um jeweils 6% wachsen.

Der Zinsüberschuss wird 2019 leicht steigen, vorausgesetzt, das geplante Kreditwachstum wird erzielt und unsere Zinsprognose leicht steigender Mittel- und Langfristzinsen wird Realität.

Vor dem Hintergrund der Nullverzinsung von Spareinlagen gewinnt das Provisionsgeschäft für Kunde und Bank an Bedeutung. Dabei steht insbesondere die Vermittlung von Investmentfonds im Vordergrund, aber auch das Bauspar- und Versicherungsgeschäft. Eine Steigerung des Provisionsüberschusses um gut 1 Mio. EUR auf 18,6 Mio. EUR haben wir uns vorgenommen.

Kostenmanagement weiterhin notwendig – geplanter RZ-Wechsel Hauptstellschraube

Wir erwarten in den nächsten Jahren konstante Personalkosten. Der Nutzung von Fluktuationen stehen die Tarifsteigerungen gegenüber. Die Sachaufwendungen werden 2019 noch steigen, verantwortlich sind hauptsächlich die Rechenzentrumskosten. Ab voraussichtlich 2021 werden sich Kostensenkungen ergeben, sofern der Rechenzentrumswechsel zur Fiducia GAD vollzogen ist.

Wir gehen davon aus, im Jahr 2019 einen Jahresüberschuss nach Steuern auf Vorjahreshöhe auszuweisen.

Hamburg, den 11. Februar 2019

Der Vorstand
Oliver Pöplau, Tino Wildmann, Stephan Liesegang

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben im Geschäftsjahr 2018 wahrgenommen. Während des Geschäftsjahres unterrichtete ihn der Vorstand eingehend und zeitnah über die geschäftliche Entwicklung und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bank. Darüber hinaus stand der Aufsichtsratsvorsitzende in einem engen Informations- und Gedankenaustausch mit dem Vorstand. Soweit Geschäfte der Zustimmung des Aufsichtsrates bedurften, wurden die entsprechenden Beschlüsse gefasst. Im Jahr 2018 hat der Aufsichtsrat insgesamt acht Sitzungen abgehalten. Schwerpunkte der Beratungen im Aufsichtsrat bildeten Strategie, geschäftliche Entwicklung, Risikosituation und geplante Investitionen. Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte einen Prüfungsausschuss, einen Kreditausschuss, einen Personalausschuss, einen Bauausschuss und einen Strategieausschuss gebildet. Die Ausschüsse berichten über ihre Tätigkeit regelmäßig in den Sitzungen des Gesamtaufichtsrates. Der Prüfungsausschuss des Aufsichtsrates hat sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung durch unangemeldete Prüfungen überzeugt. Bei seiner Prüfungstätigkeit ließ sich der Ausschuss auch von der Internen Revision der Bank unterrichten. Der Kreditausschuss hat im erforderlichen Umfang bei der Vergabe von Krediten mitgewirkt und sich von der ordnungsgemäßen Geschäftserledigung überzeugt. Der Verband der Sparda-Banken e.V., Frankfurt am Main, hat die nach dem Gesetz notwendigen Prüfungen durchgeführt. Das zusammengefasste Prüfungsergebnis wird in der Vertreterversammlung bekannt gegeben. Dem vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018 stimmt der Aufsichtsrat nach Prüfung ohne Einschränkungen zu. Der Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses entspricht den Vorschriften der Satzung. Der Aufsichtsrat empfiehlt der Vertreterversammlung, den vom Vorstand vorgeschlagenen Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 festzustellen und die vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses zu beschließen. Nach den Bestimmungen der Satzung scheiden mit Ablauf der Vertreterversammlung 2019 Frau Plambeck sowie die Herren Kuczora und Müller aus dem Aufsichtsrat aus. Ihre Wiederwahl ist zulässig.

Hamburg, den 10. Mai 2019

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates
Peter Kuczora

AKTIVSEITE	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			35.001.863,38		35.135
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			34.483.928,08		44.035
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	34.483.928,08				(44.035)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			–	69.485.791,46	–
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			–		–
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	–				(–)
b) Wechsel			–	–	–
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			34.669.299,31		269.978
b) andere Forderungen			29.620.199,56	64.289.498,87	9.546
4. Forderungen an Kunden				2.038.533.830,34	1.893.365
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	1.530.332.404,98				(1.378.429)
Kommunalkredite	–				(–)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		–			–
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–				(–)
ab) von anderen Emittenten		–	–		–
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–				(–)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		120.214.169,18			130.365
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	120.214.169,18				(130.365)
bb) von anderen Emittenten		396.877.566,98	517.091.736,16		580.059
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–				(466.382)
c) eigene Schuldverschreibungen			–	517.091.736,16	–
Nennbetrag	–				(–)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				1.092.731.299,94	787.466
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen			17.906.221,23		17.918
darunter: an Kreditinstituten	–				(–)
an Finanzdienstleistungsinstituten	–				(–)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			2.554.260,00	20.460.481,23	2.477
darunter: bei Kreditgenossenschaften	7.000,00				(7)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	–				(–)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				511.291,88	511
darunter: an Kreditinstituten	–				(–)
an Finanzdienstleistungsinstituten	–				(–)
9. Treuhandvermögen				880,50	1
darunter: Treuhandkredite	880,50				(1)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch					–
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			–		–
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			228.921,59		256
c) Geschäfts- oder Firmenwert			–		–
d) Geleistete Anzahlungen			–	228.921,59	–
12. Sachanlagen				11.960.692,86	10.624
13. Sonstige Vermögensgegenstände				3.398.303,82	4.800
14. Rechnungsabgrenzungsposten				358.275,73	355
15. Aktive latente Steuern				–	–
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung				–	–
17.				–	–
Summe der Aktiva				3.819.051.004,38	3.786.891

PASSIVSEITE	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			442.026,28		520
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			26.210.174,46	26.652.200,74	228.443
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		909.385.969,48			900.654
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		22.552.273,94	931.938.243,42		21.471
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		2.580.593.461,03			2.363.307
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		4.669.497,45	2.585.262.958,48	3.517.201.201,90	5.628
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			–		–
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			–		–
darunter: Geldmarktpapiere			–		(–)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf			–		(–)
4. Treuhandverbindlichkeiten				880,50	1
darunter: Treuhandkredite		880,50			(1)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				2.296.987,42	2.545
6. Rechnungsabgrenzungsposten				253.918,89	519
6a. Passive latente Steuern				–	–
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			14.297.388,21		13.182
b) Steuerrückstellungen			8.111,55		–
c) andere Rückstellungen			8.950.207,10	23.255.706,86	10.578
8.					–
9. Nachrangige Verbindlichkeiten					–
10. Genussrechtskapital					–
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig			–		(–)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				42.000.000,00	42.000
darunter: Sonderposten n. § 340e Abs. 4 HGB			–		(–)
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital			70.837.627,69		64.711
b) Kapitalrücklage			10.492.859,81		10.493
c) Ergebnisrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		16.156.096,10			15.704
cb) andere Ergebnisrücklagen		105.768.000,00			102.633
cc) –		–	121.924.096,10		–
d) Bilanzgewinn			4.135.524,47	207.390.108,07	4.502
Summe der Passiva				3.819.051.004,38	3.786.891

1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			–		–
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			3.962.446,72		4.056
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			–	3.962.446,72	–
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			–		–
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			–		–
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			231.386.699,84	231.386.699,84	241.671
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften			–		(–)

Gewinn- und Verlustrechnung 01.01. bis 31.12.2018

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		49.367.740,87			52.213
b) festverz. Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		2.463.155,10	51.830.895,97		2.797
darunter: in a) und b) angefallene negative Zinsen	320.070,68				(167)
2. Zinsaufwendungen			-7.456.628,90	44.374.267,07	-10.613
darunter: erhaltene negative Zinsen	970.060,86				(301)
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			3.523.615,87		7.119
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			397.564,14		428
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			-	3.921.180,01	-
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen					
5. Provisionserträge			23.717.372,82		23.585
6. Provisionsaufwendungen			-6.255.946,02	17.461.426,80	-6.426
7. Nettoertrag des Handelsbestandes					
8. Sonstige betriebliche Erträge				5.081.122,77	5.679
9.					
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		-22.486.771,05			-22.619
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		-5.637.021,80	-28.123.792,85		-4.645
darunter: für Altersversorgung	-1.863.550,08				(-788)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			-28.943.053,22	-57.066.846,07	-27.619
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				-1.868.491,65	-2.010
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				-2.396.991,56	-3.127
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen		-645.019,24			(-858)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft					
			-1.651.013,60		-1.218
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft				-1.651.013,60	-
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere					
					-614
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			148.443,28	148.443,28	-
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme					
18.					
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				8.003.097,05	12.930
20. Außerordentliche Erträge					
21. Außerordentliche Aufwendungen					
22. Außerordentliches Ergebnis					(-)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			-3.822.362,51		-5.076
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			-45.210,07	-3.867.572,58	-52
a) Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken					-3.300
25. Jahresüberschuss				4.135.524,47	4.502
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr					
				4.135.524,47	4.502
27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage					
b) aus anderen Ergebnisrücklagen					
				4.135.524,47	4.502
28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage					
b) in andere Ergebnisrücklagen					
				4.135.524,47	4.502
29. Bilanzgewinn				4.135.524,47	4.502

Anhang

A. Allgemeine Angaben

Die Sparda-Bank Hamburg eG, Hamburg, ist beim Amtsgericht Hamburg unter der Genossenschaftsregister-Nummer 835 eingetragen.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden

Bei der Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden im Einzelnen folgende Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden angewandt:

Forderungen

Die Barreserve und die Forderungen an Kreditinstitute wurden mit dem Nennwert bilanziert. Die einzelnen Vermögensgegenstände wurden vorsichtig bewertet.

Die Forderungen an Kunden wurden mit dem Nennwert angesetzt, wobei der Unterschiedsbetrag zwischen dem höheren Nennwert und dem niedrigeren Auszahlungsbetrag im passiven Rechnungsabgrenzungsposten enthalten ist. Der Unterschiedsbetrag wird über die Laufzeit aufgelöst.

Die in den Forderungen an Kunden enthaltenen Bonitätsrisiken haben wir durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und un versteuerten Pauschalwertberichtigungen in ausreichender Höhe abgedeckt. Soweit Gründe für die in den Vorjahren gebildeten Wertberichtigungen entfallen sind, wurden diese aufgelöst.

Die Ermittlung der un versteuerten Pauschalwertberichtigungen erfolgte in Anlehnung an den Erlass der Finanzverwaltung auf Grundlage der Ausfallmethode.

Wertpapiere

Die wie Umlaufvermögen und wie Anlagevermögen behandelten festverzinslichen Wertpapiere und wie Umlaufvermögen behandelten Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten bzw. mit dem niedrigeren Börsenpreis bewertet. Soweit Gründe für die in den Vorjahren vorgenommenen Abschreibungen entfallen sind, wurde eine Zuschreibung vorgenommen.

Die wie Anlagevermögen behandelten Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere wurden ebenfalls nach dem strengen Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten bzw. mit dem niedrigeren Börsenpreis bewertet.

Wertpapierleihegeschäfte

Am Bilanzstichtag bestehende Wertpapierleihegeschäfte wurden unter Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren bilanziert.

Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen und die Geschäftsguthaben bei Genossen-

schaften sowie die Anteile an verbundenen Unternehmen wurden zu Anschaffungskosten abzüglich erforderlicher Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert am Abschlussstichtag bilanziert.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Software wurde unter der Bilanzposition „Immaterielle Anlagewerte“ ausgewiesen.

Die Bewertung der immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen erfolgte zu Anschaffungskosten bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen wurden im Anschaffungsjahr bei linearer Abschreibung pro rata temporis abgeschrieben.

In früheren Jahren zulässigerweise in die Handelsbilanz übernommene erhöhte Absetzungen für Abnutzung bzw. Sonderabschreibungen nach dem Steuerrecht wurden beibehalten.

Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 800 EUR werden als sofort abziehbare Betriebsausgaben behandelt. In Vorjahren wurden Wirtschaftsgüter i. S. v. § 6 Abs. 2a EStG im Jahr der Anschaffung in einem Sammelposten erfasst. Diese noch bestehenden Sammelposten werden über fünf Jahre linear aufgelöst.

Sonstige Vermögensgegenstände

Sonstige Vermögensgegenstände wurden zum Nennwert abzüglich erforderlicher Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert zum Abschlussstichtag aktiviert.

Latente Steuern

Passive Steuerlatenzen bestehen insbesondere in der Position passiver Steuerausgleichsposten, denen aktive Steuerlatenzen in den Positionen Forderungen an Kunden, Wertpapiere, Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen, sonstige Vermögensgegenstände, aktiver steuerlicher Ausgleichsposten, Rückstellungen und Fonds für allgemeine Bankrisiken gegenüberstehen. Bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung errechnet sich ein aktiver Überhang von latenten Steuern, der in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht angesetzt wurde.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten wurden mit dem Erfüllungsbetrag einschließlich fälliger Zinsen angesetzt. Bei den Verbindlichkeiten aus abgezinsten Sparbriefen und dem SpardaErfolgsplan wurde der auf den 31.12.2018 abgezinsten Wert eingestellt.

Rückstellungen

Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden gemäß

§ 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst.

Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung und für Zuschläge sowie sonstige, über den Zins hinausgehende Vorteile für Einlagen wurde durch Rückstellungsbildung in angemessenem Umfang Rechnung getragen. Die Rückstellungen für Pensionen wurden nach dem modifizierten Teilwertverfahren berechnet. Hierbei wurden die „Richttafeln 2018 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck zugrunde gelegt. Als Rententrend für die Pensionsrückstellungen wurden soweit erforderlich 2 % angenommen. Als Lohn- und Gehaltstrend für die Rückstellungen aus Altersteilzeit und Vorruhestand wurde ein Gehaltstrend von 2 % angenommen.

Als Zinssatz wurde, bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren, mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre auf Basis des von der Deutschen Bundesbank per November 2018 ermittelten Zinssatzes, eine Prognose des Zinssatzes per Dezember 2018 (3,21 %) zugrunde gelegt. Im Vergleich zu einer Abzinsung mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre (2,32 %) ergibt sich ein Unterschiedsbetrag von 2.818.717 EUR.

Bei Altersversorgungsverpflichtungen, die die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, haben wir die Verpflichtungen mit den ihnen zuzurechnenden Vermögensgegenständen verrechnet. Die historischen Anschaffungskosten der zu verrechnenden Vermögensgegenstände betragen 7.133 TEUR. Der beizulegende Zeitwert der zu verrechnenden Vermögensgegenstände betrug 7.220 TEUR. Der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden betrug 9.318 TEUR. Aufzinsungsaufwendungen für Pensionsverpflichtungen wurden mit korrespondierenden Erträgen aus dem Deckungsvermögen in Höhe von 187 TEUR verrechnet. Die Rückstellungen für Jubiläumszuwendungen und für Vorruhestand sowie die Altersteilzeitrückstellungen wurden auf der Grundlage eines versicherungsmathematischen Gutachtens per 31.12.2018 gebildet. Im Übrigen wurden für ungewisse Verbindlichkeiten Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet.

Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs

Die Finanzinstrumente des Zinsbuchs (einschließlich derivativer Steuerungsinstrumente der Aktiv/Passiv-Steuerung) werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller zinstragenden bilanziellen und außerbilanziellen Positionen des Bankbuchs nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 n. F. verlustfrei bewertet. Hierbei werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt und von dem positiven Überschuss die Risiko- und Bestandsverwaltungskosten abgezogen. Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang wird eine Drohverlustrückstellung gebildet, die unter den anderen Rückstellungen ausgewiesen wird. Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31.12.2018 war keine Rückstellung zu bilden.

Vermerke unter dem Bilanzstrich

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit übernehmen wir regelmäßig Bürgschaften. Dabei ist es für uns erforderlich, Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Leistungen nicht vertragsgemäß erfüllt. Der Umfang der übernommenen Verpflichtungen ist aus den Angaben unter dem Bilanzstrich ersichtlich.

Die dargestellten Beträge zeigen nicht die künftig aus diesen Verträgen zu erwartenden Zahlungsströme, da die Mehrzahl der Eventualverbindlichkeiten ohne Inanspruchnahme ausläuft. Von den unwiderruflichen Kreditzusagen zum 31. Dezember 2018 in Höhe von 231.387 TEUR betreffen 219.766 TEUR Zusagen von Buchkrediten an Nichtbanken. Wir gewähren unwiderrufliche Kreditzusagen, um den Finanzierungsbedürfnissen unserer Kunden zu entsprechen. Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, welche nicht durch uns widerrufen werden können. Die Kreditzusagen werden mit dem Nominalbetrag gezeigt. Die unwiderruflichen Kreditzusagen werden bei der Überwachung der Kreditrisiken berücksichtigt.

Derivative Finanzinstrumente

Die zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos abgeschlossenen derivativen Geschäfte wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsbuchs einbezogen und waren somit nicht gesondert zu bewerten.

Zinserträge/Zinsaufwendungen

Negative Zinsen aus Aktivgeschäften werden im Zinsertrag erfasst (Reduktion des Zinsertrags). Negative Zinsen aus Passivgeschäften werden im Zinsaufwand erfasst (Reduktion des Zinsaufwands). Im Falle von Zinsswaps werden die Zahlungsströme je Swapvertrag verrechnet und der verbleibende Saldo vorzeichengerecht als Zinsertrag bzw. -aufwand ausgewiesen. Entsteht im Falle negativer Zinsen saldiert bzw. aufsummiert Zinsaufwand, so wird dieser, andernfalls ein Zinsertrag ausgewiesen. Ein gesonderter Ausweis dieser negativen Zinsen wird nicht vorgenommen.

C. Entwicklung des Anlagevermögens (volle EUR)

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten 01.01. EUR	Zugänge EUR	Umbuchungen (+/-) EUR	a) Abgänge b) Zuschüsse EUR	Anschaffungs-/ Herstellungskosten am Bilanzstichtag EUR	Buchwerte am Bilanzstichtag EUR	Buchwerte Vorjahr EUR
Immaterielle Anlagevermögen	6.149.288	84.660	-	a) 39.327 b) -	6.194.621	228.922	255.852
Sachanlagen:							
a) Grundstücke und Gebäude	18.322.160	1.929.054	-	a) - b) -	20.251.214	5.889.018	4.336.330
b) Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	38.638.253	1.351.517	-	a) 2.635.231 b) -	37.354.539	6.071.675	6.287.626
a	63.109.701	3.365.231	-	a) 2.674.558 b) -	63.800.374	12.189.615	10.879.808

	Abschreibungen (kumuliert) 01.01. EUR	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Zugängen (ohne Ab- schreibungen Geschäftsjahr) (+) EUR	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Abgängen (-) EUR	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Umbuchungen (+/-) EUR	Abschreibungen Geschäftsjahr EUR	Zuschreibungen Geschäftsjahr EUR	Abschreibungen (kumuliert) am Bilanzstichtag EUR
Immaterielle Anlagevermögen	5.893.436	-	39.327	-	111.590	-	5.965.699
Sachanlagen:							
a) Grundstücke und Gebäude	13.985.830	-	-	-	376.366	-	14.362.196
b) Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	32.350.627	-	2.448.298	-	1.380.535	-	31.282.864
a	52.229.893	-	2.487.625	-	1.868.491	-	51.610.759

	Anschaffungs- kosten 01.01. EUR	Veränderungen (saldiert) EUR	Buchwerte am Bilanzstichtag EUR
Wertpapiere des Anlagevermögens	339.715.043	-74.020.072	265.694.971
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften	20.394.913	65.568	20.460.481
Anteile an verbundenen Unternehmen	511.292	-	511.292
b	360.621.248	-73.954.504	286.666.744
Summe a und b	423.730.949		298.856.359

D. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

In den Forderungen an Kreditinstitute sind 33.435.674 EUR Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b) (ohne Bausparguthaben)	70.744	15.813	–	–
Forderungen an Kunden (A 4)	50.786.685	114.271.322	529.905.370	1.328.652.269

In den Forderungen an Kunden sind 14.918.184 EUR Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten. Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr 140.125.625 EUR fällig.

In den Forderungen / und Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Forderungen an verbundene Unternehmen		Forderungen an Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Forderungen an Kunden (A 4)	192.965	235.372	–	–

Wir halten Anteile an Sondervermögen (§ 1 Abs. 10 KAGB) und Anlageaktien an Investmentaktiengesellschaften mit veränderlichem Kapital (§ 108 bis § 123 KAGB) sowie vergleichbarem EU-Investmentvermögen oder vergleichbarem ausländischem Investmentvermögen von mehr als 10 %:

Anlageziele	Buchwert	Zeitwert	Differenzen (Zeitwert/Buchwert)	Erhaltene Ausschüttungen	Tägliche Rückgabe
	EUR	EUR	EUR	EUR	Ja/Nein
Renditeerwartung	1.019.329.108	1.019.945.514	616.406	–	Ja

Die Genossenschaft besitzt folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, mit denen ein Konzernverhältnis besteht:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
		%	Jahr	EUR	Jahr
a) Sparda Kapitalvermittlungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg	100,00	2018	5.622.122	2017	1.447.513
b) Sparda Immobilien GmbH, Hamburg	100,00	2018	395.472	2017	0

An dem unter b) aufgeführten Unternehmen ist das Institut mittelbar durch das unter a) aufgeführte Unternehmen beteiligt.

Ein Konzernabschluss wurde nicht aufgestellt, weil aufgrund untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage (§ 290 Abs. 5 HGB i. V.m. § 296 Abs. 2 HGB) auf die Aufstellung verzichtet werden konnte.

Daneben besitzt die Genossenschaft folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, die nicht von untergeordneter Bedeutung sind:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
		%	Jahr	EUR	Jahr
a) Norddeutsche Genossenschaftliche Beteiligungs-AG, Hannover	0,05	2018	1.374.604.718	2018	42.923.063
b) Sparda TelefonService GmbH & Co. KG, St. Ingbert	9,82	2017	3.852.151	2017	368.501
c) Immobilien-Gesellschaft „DG Bank-Turm, Frankfurt am Main, Westend“ mbH & Co. KG	0,15	2017	181.407.874	2017	8.680.528
d) Sparda-Consult Gesellschaft für Projekt- und Innovationsmanagement mbH, Nürnberg	4,88	2017	1.073.803	2017	245.363
e) Sparda-Beteiligungs GmbH, Frankfurt am Main	6,25	2017	4.157.711	2017	157.711
f) DZ Beteiligungs-GmbH & Co. KG Baden-Württemberg, Stuttgart	0,42	2018	3.141.131.713	2018	85.679.350

In folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere
	EUR	EUR	EUR	EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	517.091.736	517.091.736	–	–
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (A 6)	62.541.036	–	62.541.036	–
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften (A 7)	430.009	–	430.009	–

Die in der Bilanz ausgewiesenen Treuhandgeschäfte betreffen ausschließlich Treuhandkredite.

In den Sachanlagen sind enthalten:

Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	EUR	5.889.018
Betriebs- und Geschäftsausstattung	EUR	6.071.675

Im Posten Sonstige Vermögensgegenstände sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

Forderungen an Finanzamt	EUR	1.718.684
--------------------------	-----	-----------

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 26.638.857 EUR Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	891.647	257.753	–	25.060.774
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2ab)	355.318	264.515	1.571.038	20.361.403
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	914.559	1.536.103	1.831.305	387.530

Die Verbindlichkeiten gegenüber der KfW wurden aus Vereinfachungsgründen dem letzten Restlaufzeitenband zugeordnet.

Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagiobeträge, die bei der Ausreichung von Forderungen in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von 230.452 EUR (Vorjahr: 185.376 EUR) enthalten.

In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2)	4.767.463	3.507.245

Die unter Passivposten Gezeichnetes Kapital ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

Geschäftsguthaben	
a) der verbleibenden Mitglieder	EUR 68.695.543
b) der ausscheidenden Mitglieder	EUR 1.737.472
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen	EUR 404.612
Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	EUR 357

Die Ergebnismrücklagen und die Kapitalrücklage haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	gesetzliche Rücklage	andere Rücklagen	Kapitalrücklage
	EUR	EUR	EUR
Stand 01.01.2018	15.703.637	102.633.000	10.492.860
Einstellungen aus Bilanzgewinn des Vorjahres	452.459	3.135.000	–
Stand 31.12.2018	16.156.096	105.768.000	10.492.860

Der Vorstand schlägt vor, den Jahresüberschuss wie folgt zu verwenden:

1,500 % Dividende auf Geschäftsguthaben	EUR	993.237,64
Gesetzliche Rücklage	EUR	417.286,83
Andere Ergebnismrücklagen	EUR	2.725.000,00
Insgesamt	EUR	4.135.524,47

Zum Bilanzstichtag bestanden Termingeschäfte folgender Art:

Volumen der nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Derivategeschäfte des Nichthandelsbestands/Angaben in TEUR:

	Nominalbetrag Restlaufzeit			Summe	beizulegender Zeitwert	Adressenrisiko
	<= 1 Jahr	> 1–5 Jahre	> 5 Jahre			
Zinsbezogene Geschäfte						
OTC-Produkte						
Zins-Swaps (gleiche Währung)	–	70.000,0	79.000,0	149.000,0	-8.002,7	1.435,0

Zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes wurde die Marktbewertungsmethode angewandt. Offene Eigenhandelspositionen bestehen nicht.

Die in vorstehender Tabelle enthaltenen zinsbezogenen Geschäfte werden vollständig zur Steuerung des Zinsbuches im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung eingesetzt.

Von den Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten sind durch Übertragung von Vermögensgegenständen gesichert:

Passivposten	Zur Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände	Gesamtbetrag in EUR
Derivate	Verpfändung von bankeigenen Wertpapieren	10.014.500

II. Gewinn- und Verlustrechnung

Im Zinserträgen sind 320.071 EUR negative Zinsen im Wesentlichen aus Guthaben auf Konten bei der DZ Bank AG und bei der Bundesbank enthalten. In den Zinsaufwendungen sind 970.061 EUR positive Zinsen aus Refinanzierungsgeschäften mit Kreditinstituten sowie aus Geldaufnahmen bei Kommunen und der DZ Bank AG enthalten.

E. Sonstige Angaben

Im Geschäftsjahr beliefen sich die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats auf 193.695 EUR und der früheren Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebene auf 695.217 EUR. Von der Möglichkeit des § 286 Abs. 4 HGB wurde für die Vorstände Gebrauch gemacht.

Für frühere Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2018 Pensionsrückstellungen in Höhe von 12.072.915 EUR.

Am Bilanzstichtag betragen die gewährten Vorschüsse und Kredite sowie die eingegangenen Haftungsverhältnisse für

Mitglieder des Vorstandes	EUR	1.597.553
Mitglieder des Aufsichtsrates	EUR	697.139

Geschäfte mit nahestehenden Personen und Unternehmen wurden im Rahmen des üblichen Kredit-, Einlagen- und Girogeschäfts vorgenommen.

Ferner besteht eine Beitragsgarantie gegenüber der BVR-ISG. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen, falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen, sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen. Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten und nicht als Haftungsverhältnisse anzugeben, jedoch für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. (Garantieverbund) in Höhe von 4.537 TEUR.

Gemäß Teil 8 der CRR (Art. 435 bis 455) offenzulegende Inhalte sind zum Teil im Lagebericht enthalten. Wir beabsichtigen, die weiteren Angaben in einem separaten Offenlegungsbericht zu machen und auf unserer Homepage zu veröffentlichen.

Die Zahl der im Jahr 2018 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	260,75	146,50
Gewerbliche Mitarbeiter	1,00	0,75
	261,75	147,25

Außerdem wurden durchschnittlich 18,00 Auszubildende beschäftigt.

Mitgliederbewegung

	Zahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile	Haftsummen EUR
Anfang 2018	235.159	1.201.551	62.480.652
Zugang 2018	4.995	160.726	8.357.752
Abgang 2018	9.587	41.202	2.142.504
Ende 2018	230.567	1.321.075	68.695.900

Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um	EUR	6.215.284
Die Haftsummen haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um	EUR	6.215.248
Höhe des Geschäftsanteils	EUR	52
Höhe der Haftsumme	EUR	52
Max. je Mitglied	EUR	2.600

Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes

Verband der Sparda-Banken e. V.
Friedrich-Ebert-Anlage 35–37
60327 Frankfurt am Main

Mitglieder des Vorstandes

Oliver Pöplau (Vorsitzender), Bankdirektor

Tino Wildmann, Bankdirektor

Stephan Liesegang, Bankdirektor

Mitglieder des Aufsichtsrates

Peter Kuczora (Vorsitzender), Direktionsbevollmächtigter der DEVK Versicherungen

Udo Kummerow (Vertreter des Vorsitzenden), Pensionär

Gabriele Maack, Fachreferentin Personalmanagement DB Fernverkehr AG

Uwe-Jürgen Matthias (bis 20.06.2018), Pensionär

Frank Maur, Geschäftsstellenleiter Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG), Hamburg

Birgit Michaelsen, Vorsitzende des besonderen Personalrates BEV Nord

Jörg-Werner Molt (bis 20.06.2018), Pensionär

Ernst-Otto Müller, Betriebsratsvorsitzender DB Cargo AG

Ute Plambeck, Vorstand Deutsche Bahn Netz AG

Manuela Norbeck (ab 20.06.2018), freigestellte stellv. Betriebsratsvorsitzende der DB Fernverkehr AG Hamburg

Ralph Borkowski (ab 20.06.2018), Versichertensprecher der DB AG bei der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See (KBS)

Hamburg, den 11. Februar 2019

Sparda-Bank Hamburg eG

Der Vorstand

Oliver Pöplau, Tino Wildmann, Stephan Liesegang

Bestätigungsvermerk und Zusammenfassende Schlussbemerkungen

Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung gemäß § 340k Handelsgesetzbuch haben wir dem Jahresabschluss und dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018 der Genossenschaft unter dem Datum vom 18.03.2019 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt, der hier wiedergegeben wird:

„Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Sparda-Bank Hamburg eG, Hamburg

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Sparda-Bank Hamburg eG (im Folgenden „Genossenschaft“) – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Genossenschaft für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2018 geprüft. Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Genossenschaft zum 31.12.2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung

des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Genossenschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO i. V. m. §§ 55 Abs. 2, 38 Abs. 1a GenG, dass alle bei uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2018 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir den aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar:

1. Bewertung der Kundenforderungen
2. Bewertung der Wertpapiere

Unsere Darstellung der besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

- a) Sachverhalt und Problemstellung
- b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- c) Verweis auf weitergehende Informationen

Bewertung der Kundenforderungen

a) Die Forderungen an Kunden, saldiert mit den gebildeten Risikovorsorgen, belaufen sich auf 2.039 Mio. EUR. Dies entspricht 53,4% der Bilanzsumme. Die Identifizierung von Wertminderungen und die Ermittlung von Einzelwertberichtigungen unterliegen wesentlichen Schätzungsunsicherheiten und Ermessensspielräumen. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass Wertberichtigungsbedarf nicht rechtzeitig identifiziert wird bzw. die Höhe der Wertberichtigung nicht sachgerecht ermittelt wird. Daher ist die zutreffende Bewertung der Kundenforderungen für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.

b) Wir haben zunächst im Rahmen einer Aufbauprüfung untersucht, ob die Systeme bzw. Prozesse der Genossenschaft so ausgestal-

tet sind, dass eine gegebenenfalls erforderliche Risikoversorge identifiziert und in ausreichendem Umfang gebildet werden kann. Im Rahmen einer Funktionsprüfung haben wir unter Berücksichtigung der eingerichteten Kontrollen anhand einer Stichprobe von Kundenforderungen untersucht, ob die tatsächliche Anwendung der organisatorischen Vorgaben der Genossenschaft den Soll-Vorgaben entspricht. Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Aufbau- und Funktionsprüfung haben wir uns anhand einer risikoorientierten Auswahl von Kundenforderungen mittels Einzelfallprüfung von der Notwendigkeit und – soweit erforderlich – der Angemessenheit einer Risikoversorge überzeugt.

c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung von Kundenforderungen sind im Anhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden“ enthalten.

Bewertung der Wertpapiere

a) Die Wertpapierbestände (Aktivposten 5 und 6) belaufen sich auf insgesamt 1.610 Mio. EUR. Dies entspricht 42,2% der Bilanzsumme. Es besteht ein Risiko, dass falsche Wertpapierkurse für die Ermittlung von möglichen Ab- und Zuschreibungen der Wertpapiere herangezogen werden oder Ab- und Zuschreibungsbeträge falsch ermittelt werden. Daher ist die zutreffende Bewertung der Wertpapiere angesichts ihrer Volumina für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.

b) Im Rahmen unserer Prüfung haben wir uns anhand einer Auswahl von Wertpapieren von der ordnungsgemäßen Bewertung zum Stichtag überzeugt. Die zur Bewertung verwendeten Stichtagskurse haben wir für die von uns ausgewählten Wertpapiere mittels externer Quellen validiert. Daneben haben wir uns unter Berücksichtigung des bisherigen Buchwerts und der historischen Anschaffungskosten der Wertpapiere von der sachgerechten Ermittlung von Abschreibungsbeträgen unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips sowie der korrekten Ermittlung von Zuschreibungsbeträgen überzeugt.

c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung von Wertpapieren sind im Anhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden“ enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen:

- die übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weitere Querweise auf externe Informationen – mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Genossenschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Genossenschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Genossenschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt.

beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Genossenschaft.

führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Aufsichtsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Aufsichtsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Aufsichtsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir sind als zuständiger Prüfungsverband gesetzlicher Abschlussprüfer der Genossenschaft.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit unserer Berichterstattung an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO i. V. m. § 58 Abs. 3 GenG (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Bei uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht der geprüften Genossenschaft angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die geprüfte Genossenschaft bzw. für die von dieser beherrschten Unternehmen erbracht:

- Sonstige separate Bestätigungsleistungen an die Bankenaufsicht,
- Sonstige separate Bestätigungsleistungen im Zusammenhang mit der Einlagensicherung,
- Wertpapierdienstleistungsprüfung nach § 89 Abs. 1 Satz 1 WpHG,
- Nach § 319a Abs. 1 HGB bzw. Art. 5 EU-APrVO zulässige Steuerberatungsleistungen,
- Schulungs- und Seminarleistungen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Heiko Hunkel.

Frankfurt am Main, den 18. März 2019

Verband der Sparda-Banken e.V.

gez. Uwe Sterz
Wirtschaftsprüfer

gez. i. V. Heiko Hunkel
Wirtschaftsprüfer“

Impressum

Herausgeber:

Sparda-Bank Hamburg eG
Präsident-Krahn-Straße 16–17
22765 Hamburg
Telefon: 040 550055-1910
www.Sparda-Bank-Hamburg.de

Gesamtkoordination:

Dieter Miloschik, Leiter Unternehmens- und Markenkommunikation, Sparda-Bank Hamburg eG

Konzeption:

HMC Verlag
Hamburg Media Company GmbH
Beim Strohhouse 27
20097 Hamburg
Telefon: 040 413639-0
www.hmc.de

Redaktion:

Jörn Rehbein,
Thomas Zander

Grafik:

Stefanie Liebich, Melanie Gabriel,
Nina Hagen

Fotos: iStock (AleksandarNakic, filedendron, Rostislav_Sedlacek); David Maupilé (S. 2), Sparda-Bank Hamburg

Litho:

Allzeit Media Consult,
Elbberg 6d, 22767 Hamburg

Produktion:

Druckerei Siepmann GmbH,
Ruhrstraße 126, 22761 Hamburg

Anzeige
Dieser Bericht wurde auf RecyStar® Polar gedruckt. 100% Altpapier, ausgezeichnet mit dem Blauen Engel.



